Pressemitteilung

22. Juni 2016

Ohne Verbände funktioniert die Demokratie nicht! - Neue Verantwortungskultur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Kulturverbände betonen notwendige Weiterentwicklung der Kooperation von Staat und Zivilgesellschaft

Berlin, den 22. Juni 2016. Die Veränderung der Gesellschaft fordert Zivilgesellschaft und Staat in vielerlei Hinsicht heraus: Welche Verantwortung übernehmen die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure für eine offene, tolerante und solidarische Gesellschaft und in welchem Verhältnis stehen dabei Zivilgesellschaft und Staat zueinander? Auf einem gemeinsamen Symposium haben die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, der Deutsche Kulturrat und die Kulturpolitische Gesellschaft gestern in Berlin diese Fragen diskutiert.

Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement, umriss zum Einstieg die aktuellen Entwicklungen in der Zivilgesellschaft und die größten Herausforderungen für Verbände: Wie stehen innerverbandliche Interessen und Mitgliederentwicklung, gesellschaftliche Anforderungen und sich verändernde staatliche Rahmenbedingungen zueinander? Welche Allianzen zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Eigenständigkeit müssen geschlossen und welche Konkurrenzen beachtet werden? Dies waren auch die Themen der sich anschließenden Diskussionen.

Wenn das gesellschaftliche Gleichgewicht aus den Fugen zu geraten droht, sollte nicht nur der Staat seiner Verantwortung nachkommen. Auch die Zivilgesellschaft muss sich selbst aktivieren und dabei von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Zivilgesellschaft, beispielsweise in Form von Kulturverbänden, schafft öffentliche und partizipative Aushandlungsorte für Konflikte und Divergenzen. Sie fördert das gesellschaftspolitische Engagement von Bürger und Trägern und agiert als konstruktiv-kritischer Gegenpol zum Staat, so betonten die Teilnehmenden. Sie stellten zugleich fest: Die Bedeutung dieser Wirkungskräfte der Zivilgesellschaft, aber auch von Subsidiarität und die Wahrnehmung der Legitimation von Verbänden als Grundvoraussetzungen zivilgesellschaftlichen Handelns im öffentlichen und politischen Raum gehen zurück. Zugleich steuern politische Entscheidungen und Verwaltungshandeln zunehmend Zivilgesellschaft.

Gerd Taube, Vorsitzender der BKJ, sagte: „Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Kunst und Kultur und darauf, dass ihre Interessen in der Gesellschaft berücksichtigt werden. Kulturelle Bildung öffnet ihnen Räume für Begegnung und ermöglicht ihnen, Mitgestalter der gesellschaftlichen Gemeinschaft zu sein. Die BKJ ist mit ihren Mitgliedern

Adresse:
https://www.kulturrat.de/presse/pressemitteilung/ohne-verbaende-funktioniert-die-demokratie-nicht-neue-verantwortungskultur-fuer-den-gesellschaftlichen-zusammenhal/

wichtiger Anwalt der Interessen von Kindern und Jugendlichen und bundesweites Netzwerk von Anbietern Kultureller Bildung. Das zivilgesellschaftliche Mandat des Dachverbandes, als Interessenvertretung für die junge Generation und die Potenziale der Kulturellen Bildung, wird inzwischen durch das Handeln anderer gesellschaftlicher Akteure und des Staates zunehmend infrage gestellt. Deshalb ist es an der Zeit, das Miteinander von Zivilgesellschaft und Staat zugunsten einer lebendigen Demokratie, neu auszutarieren."

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, betonte: „Kulturverbände bündeln die divergierenden Interessen ihrer Mitglieder und erarbeiten hieraus abgestimmte Positionen. Sie erbringen damit eine wichtige Integrationsleistung und bieten einen hohen Mehrwert für ihre Mitglieder und für die Gesellschaft. Sie sind damit ein wichtiger Gesprächspartner für Politik und Verwaltung. Verbände stärken, heißt Demokratie zu stärken. Ohne Verbände funktioniert die Demokratie nicht!"

Norbert Sievers, Hauptgeschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft, hob hervor: „Zivilgesellschaftliche Akteure, darunter auch die Kulturverbände, brauchen Freiheit, um gesellschaftlich wirksam sein zu können. Nur wenn es ihnen gelingt, auf der Grundlage eigener Zielvorstellungen und Wertbezüge die Stimmungen, die Interessen und Ideen in der Gesellschaft und aus ihrer Mitgliedschaft aufzunehmen und zu Gehör zu bringen, können sie demokratische und konsensstiftende Mittler sein. Freiheit bedeutet dabei immer zugleich zweierlei: Freiheit vom Staat und Freiheit durch den Staat und ein ausgewogenes Verhältnis von Nähe und Distanz. Es ist notwendig, daran immer wieder zu erinnern."

Lesen Sie zum Thema auch das aktuelle Interview im Verbändereport 05/2016 von Henning von Vieregge mit Olaf Zimmermann „Ohne organisierten Lobbyismus bricht unsere Demokratie zusammen".

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat